

informieren wollten, ein Thema, das damals in der DDR tabu war. Aber wir hatten das irgendwie geschickt gemacht, und diese Veranstaltung fand statt. Anschließend gab es natürlich mächtige Probleme. Uns wurde von den staatlichen Funktionären vorgeworfen, wir wollten der Partei Diskussionen aufzwingen. Gut, das ging noch mal glimpflich ab.

Die nächste Veranstaltung, die wir auch noch in dem Klubhaus machen konnten, war eine Informations – und Diskussionsveranstaltung zum Thema Arbeiterselbstverwaltung am Beispiel des jugoslawischen Modells. Wir hatten zu diesem Zwecke einen Vertreter der jugoslawischen Botschaft in der DDR eingeladen, einen Attaché. Wenige Tage vor dem Termin, an dem diese Veranstaltung stattfinden sollte, wurden die staatlichen Funktionäre doch offenbar stutzig und sagten: „Moment mal, diese Veranstaltung können wir nicht zulassen.“ Sie kamen und verlangten von uns, diese Veranstaltung abzusagen. Wir haben gesagt: „Das können wir nicht machen. Wir haben diesen Botschaftsattaché eingeladen, der hat zugesagt.“ Es hieß dann, wir sollten uns irgend etwas einfallen lassen, z. B.. daß der Klub baufällig sei oder so. Wir haben das jedenfalls nicht gemacht, wir haben darauf bestanden, daß die Veranstaltung stattfindet. Man wollte wohl von seiten der staatlichen Funktionäre der DDR auch keine diplomatischen Schwierigkeiten riskieren, und wir haben diese Veranstaltung wirklich durchgeführt. Das war damals ein wesentlich kleinerer Raum als dieser hier, es paßten vielleicht 50 Leute hinein. Von denen waren 40 irgendwelche staatlichen Funktionäre oder von der Staatssicherheit. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Molt.

Ich habe jetzt aus der Runde acht Wortmeldungen. Ich bin geneigt, die Frageliste für geschlossen zu erklären. Herr Weisskirchen, Herr Jacobsen, Herr Weber, Herr Poppe, Herr Faulenbach, Herr Hilsberg, Herr Wilke und Herr Passauer. – Auch noch Herr Gutzeit, dann ist Schluß.

Herr Weisskirchen, bitte schön.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Sie haben in der letzten Runde sehr schön das Wechselverhältnis von Systemzwang – um einen Begriff aufzunehmen, den Sie gebraucht haben, Herr Molt – und der Chance, den Systemzwang von innen, von unten zu verändern, zu erweitern, auszutesten, dargestellt. Wenn ich Herrn Bierwisch richtig verstanden habe, dann hat er die Perspektive von den dramatischen Erlebnissen und Erfahrungen her aufgebaut und gesagt: „Das war nur begrenzt möglich“, während Edelbert Richter von den persönlichen Erfahrungen her gesagt hat: „Wir hätten mehr machen können, als wir gemacht haben.“ Das sieht auf den ersten Blick widersprüchlich aus; ich glaube, daß es gar nicht widersprüchlich ist. Dennoch vielleicht an alle die Frage: Welche Möglichkeiten haben Sie aufgenommen aus dem Westen, um Ihre jeweiligen Grunderfahrungen umzusetzen? Haben Sie irgend etwas im Jahre 1968 als Ermutigung aufgefaßt – nicht nur beim „Prager Frühling“, sondern da gab

es ja auch noch etwas anderes, oder 1975 beim KSZE-Prozeß, auf den sich Edelbert Richter mit berufen hat – gab es irgendwo eine Vernetzung oder gab es einen Impuls oder eine Reflexion auf das, was im Westen vorgegangen ist, was Sie entweder ermutigt oder aber auch entmutigt hat?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Die Frage ist so konkret, Herr Weisskirchen – ich begrüße das außerordentlich –, daß wir die Runde gleich um Antwort bitten.

Bernd Eisenfeld: Für mich war eigentlich charakteristisch, daß ich meine Informationen weniger aus dem Fernsehen bezog als vielmehr aus westlichen Rundfunksendungen. Da war für mich im Grunde genommen der Deutschlandfunk sehr prägend. (Beifall)

Das betrifft übrigens weithin die Sachsen, also auch die Dresdner, die ohnehin keinen Zugang hatten, aber auf diese Weise, glaube ich, sehr viel bessere, sehr viel fundiertere Informationen, auch historische Informationen bekamen, als das über das Fernsehen gelaufen ist.

Für mich war die Bundesrepublik insofern immer ein Bezugsfeld, als ich von der Argumentation ausging: Negation der Negation, also die wirklichen Freiheiten, die müssen wir erhalten. Wie können wir denn die bürgerlichen Freiheiten wegnehmen? Darauf können wir dann aufbauen. Da habe ich mich natürlich auch auf die Bundesrepublik und auf die entsprechende Diskussion beziehen können. Helsinki 1975 war für mich ein sehr starkes Motiv und außerdem eine öffentliche Einforderung. Man konnte sich auf etwas stützen, was auch die DDR schwarz auf weiß sanktionierte.

Aber nach 1975, muß ich sagen – ich spreche jetzt nicht nur für mich –, trat doch zunehmend Resignation ein. Das heißt, man stellte eigentlich fest, daß die Bundesrepublik sich immer stärker auf das Gespräch auf der oberen Ebene einließ, was nicht mehr nach unten durchschlug. Ich habe z. B. versucht, eine Reihe von Abgeordneten dazu zu bewegen, etwa nach Dresden zu Friedenskreisen zu fahren. Es war auch von der Bundesrepublik her ungemein schwer, etwas zu bewegen. Das führte, glaube ich, auch zu Resignation. Ich glaube generell – diese Frage muß man sich stellen –, daß die Zunahme der Ausreisewilligkeit letztlich Ausdruck der Resignation war. Deutschlandpolitik sollte eigentlich dafür sorgen, daß die Menschen bleiben, und auch die Kirchenpolitik war davon geprägt, daß man langsam reformieren wollte. Wenn aber das Ergebnis dieses Prozesses darin bestand, daß immer mehr weg wollten, dann hätte man sich fragen müssen: „Was machen wir eigentlich falsch?“ Da, meine ich, ist eine Menge falsch gemacht worden. (Beifall)

Dr. Edelbert Richter, MdEP: Wenn ich es mir richtig überlege, haben wir permanent im Kontakt mit den ideellen oder kulturellen, aber eben auch mit den politischen Bewegungen in der Bundesrepublik oder in der westlichen Welt gestanden. Das ist nicht nur durch das Fernsehen, sondern bei mir auch dadurch bedingt, daß ich diesen Sonderraum der Kirche nutzen konnte. Man